

Danziger Zeitung.



№ 8470.

1874.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwigerstrasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 M. 15 P. Auswärts 1 M. 20 P. — Inserate, pro Petit-Blatt 2 P. nehmen an; in Berlin: H. Albrecht, A. Reitemeier und K. W. Möller; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: H. Hafenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daudé u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schüller; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buch.

Lotterie.
Bei der am 18. April fortgesetztenziehung der 4. Klasse 149. Königlich preußischen Klasse-Lotterie fiel 1 Hauptgewinn von 10.000 Thlr. auf No. 12,906. 1 Gewinne von 5000 Thlr. fielen auf No. 17,759. 18,538 47,146 74,958 und 85,872. 3 Gewinne von 2000 Thlr. fielen auf No. 11,862 64,563 und 75,727. 41 Gewinne von 1000 Thlr. fielen auf No. 5386 6175 6620 8780 9974 10,039 10,195 13,844 13,933 17,709 18,554 21,131 22,276 24,966 26,896 27,934 30,450 31,131 31,413 37,110 40,201 40,591 42,999 47,333 53,813 54,006 63,210 64,386 64,520 66,276 67,551 67,997 75,037 75,938 79,083 79,818 82,189 84,304 84,841 87,068 und 91,017.

48 Gewinne von 500 Thlr. auf No. 239 2807 5239 5357 7692 8415 17,194 21,155 22,814 27,548 28,997 29,941 32,553 34,215 36,212 37,445 41,198 41,488 48,944 50,417 52,390 53,739 55,513 57,929 59,163 60,871 62,118 62,834 63,746 67,189 67,777 70,607 74,092 76,260 76,466 76,914 78,695 82,804 83,940 84,888 86,305 86,684 88,019 89,463 90,671 91,592 91,631 und 93,671.

61 Gewinne von 200 P. auf No. 2650 4226 5827 6231 6258 10,422 12,018 12,961 14,014 18,329 19,268 21,200 21,402 21,681 22,697 23,421 23,656 23,832 26,718 26,805 28,072 28,402 29,103 29,543 30,117 30,802 33,595 33,801 36,120 39,178 39,782 41,002 41,081 42,682 42,732 43,028 50,264 50,561 54,083 56,060 57,737 58,026 58,292 59,522 65,784 68,568 71,794 73,178 74,048 74,747 79,567 80,139 80,405 80,672 83,290 84,275 85,444 91,396 92,854 94,152 und 94,828.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Angekommen 1 Uhr Nachm.

Bern, 20. April. Bei der gestrigen Volksabstimmung, die unter großer Beteiligung stattfand, wurde die revidierte Bundesverfassung durch 13 Stände votiert und 280,000, welche dafür stimmt, gestrichen; dagegen stimmten, soweit bekannt, 141,800.

Petersburg, 20. April. Das Eis der Neva beginnt sich in Bewegung zu setzen. Der Thermometer zeigt 16 Grad Reaumur in der Sonne.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Hag, 19. April. Wie eine offizielle Depêche aus Atchin vom 14. d. meldet, hat auch Embong, an der Nordküste von Atchin, die niederländische Oberhoheit anerkannt. — 200 Atchinesen haben am 11. d. einen Angriff auf das holländische Lager gemacht, sind aber energisch zurückgeworfen worden. Das Gros der holländischen Streitkräfte wird Ende dieses Monats wieder in Batavia eintreffen.

Madrid, 19. April. General Concha, welcher im Lager von St. Martin eine Besprechung mit Serrano gehabt hat, ist zum Oberbefehlshaber des dritten Corps ernannt. Das Wetter hat sich in den letzten Tagen gebessert, doch dürfen die Operationen, wie aus Santander gemeldet wird, nicht vor Mittwoch oder Donnerstag wieder aufgenommen werden.

Danzig, den 20. April.

Wer noch irgendwie Zweifel haben könnte, daß die Verständigung über das Militärgefeß, welche heute durch das definitive Votum des Reichstages bestiegt wird, eine Notwendigkeit für den Bestand des Reiches war, der darf nur auf die Stimmen achten, welche sich dafür und dagegen aussprechen. Wo man in Europa dem neuen Geheimwesen bisher einigermaßen freundlich gewesen

war, gedenkt man auch des Compromisses in anerkannter Weise. Wo man uns dagegen mit Neid und Misstrauen betrachtet, wo man gar, wie in Frankreich, auf den Zusammenbruch des Reiches spekulirt, da fällt man auch mit Zugrimm über die erzielte Verständigung her.

Und sehen wir uns innerhalb des Reiches um, welche Parteien sind es, die Regierung und Nationalpartei begeistern? Es sind vor Allem die centrifugale Elemente, deren Ziele nur bei Zerstörung unserer nationalen Einheit und Selbstständigkeit erreicht werden können: die Sozialdemokraten, die Ultramontanen und die Männer der Kreuz-Zeitung. Die Letzteren sind ganz besonders ergrimmt, weil sie sich schon nahe am Ziele glaubten. Trotz aller Dementis scheint es doch richtig, daß es ein paar Stunden gab, in denen der Wind zu ihren Gunsten wehte. Und wenn die Offiziere versichern, Manueller habe sich zur Zeit der Verhandlungen gar nicht in Berlin, sondern in Naumburg befunden, so glauben wir doch hierin mehr der „Kreuzzeitung“, die erst ein paar Tage nach dem Zustandekommen des Compromisses die Nachricht von der Abreise des Feldmarschalls nach jener Stadt brachte. In der neuesten Nummer spricht dasselbe Blatt die Überzeugung aus, daß seine Partei berufen sei, der gegenwärtigen Richtung der durch den Fürsten Bismarck vertretenen Politik in Gemeinschaft mit dem preußischen Königshum und dem deutschen Fürstenthum ein „Bis hierher und nicht weiter“ zuzurufen. Und die „Kreuzzeitung“ besitzt die maklose Universalität, dabei an die „liegreichen Kämpfe des Königlichen Heeres in den Straßen Berlins“ zu erinnern! Und das kann das Blatt den Mitgliedern seiner Partei zu bieten wagen! Nun wissen wir doch, wohin die Herzensgelüste der Männer gehen. Wenn Fürst Bismarck, wie die „Kreuztg.“ bestätigt, in der letzten Krisis es auf das Entscheidende abgelehnt hat, mit dieser „conservativen“ Partei irgend eine Verständigung einzugehen, so erklärt dies einigermaßen obige maklose Sprache, es wird dies Geständnis aber dem Reichsfanzler sicher nicht in der Meinung des deutschen Volkes schaden.

Die Österreicher setzen große Hoffnungen darauf, daß aus der neuen Freundschaft mit Russland große Vortheile für Österreichs Handel erschließen werde. Wir möchten's ihnen schon wünschen, denn da an der russischen Grenze bisher die Waren aller Nationen gleich — schlecht behandelt wurden, so dürften wir hoffen, daß auch von dem Guten etwas für uns abfließt. Unsere Hoffnungen sind aber bisher schon so oft getäuscht worden, daß wir nicht recht an die Erfüllung der österreichischen Wünsche glauben. Es ist noch nicht so lange her, als unsere Regierung auf besondere Einladung Russlands einen Geh. Ober-Finanzrat nach Petersburg sandte, um zu berathen, wie der Grenzverkehr gefördert werden könne. Der Herr Finanzrat unternahm auch mit dem Fürsten Obolenski eine gemeinsame Grenzbereisung und brachte die schönsten Erwartungen für eine unausbleibliche liberalere Zollpolitik Russlands mit nach Berlin — aber wir warten noch darauf. Jetzt hat Russland dem Drängen Österreichs nach einer Zollkonferenz nachgegeben, man wird da sicher sehr schöne Vorschläge machen, und nachher bleibt halt Alles beim Alten. Russland soll sich schon jetzt geweigert haben, die zu treffenden

Vereinbarungen über Erleichterungen in der Zollmanipulation vertragsmäßig festzustellen, da wird wohl außer frommen Wünschen wenig herauskommen.

Auch in Bezug auf die Arbeiterbewegung glaubt man in Österreich eine Panacee gefunden zu haben. Um die regellose Bewegung in bestimmte Bahnen zu lenken, sollen analog den Handelskammern Arbeiterkammern als aus den Genossenschaften, aus Fachvereinen und ähnlichen freien Associationen hervorgehende Organe der Lohnarbeiter überall da gebildet werden, wo die Genossenschaften die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen. So sollen die Wünsche der Arbeiter berechtigten Ausdruck finden, und man hofft, daß sie sich das Maß der Pflicht und Verantwortung aufzulegen werden, welches sie dieses Organ socialer Selbstverwaltung hochhalten und mit dem Staatsgedanken in Einklang zu bringen beiseite wird.

Der Brief Lucien Brun's ist als das Manifest der französischen Legitimisten und des Frohsdorfer Höfchens zu betrachten. Lucien Brun ist ein Vertrauter Chambord's und besitzt großes Ansehen bei der ganzen Rechten. Noch mehr Bedeutung gewinnt das Manifest dadurch, daß auch das Organ der gemäßigten Rechten, die „Gazette de France“, die es bisher mit Broglie hielte, das selbe abdrückt und sich damit einverstanden erklärt. Es ist die Kriegserklärung der Royalisten gegen das Septennat, wie es bisher von der Regierung aufgefaßt wurde. Sie wollen das Septennat nicht mit konstitutionellen Garantien umgeben, welche dem „No“ im Wege stehen würden; sie betonen das Provisorium, um sich die Zukunft offen zu erhalten. Nach dieser Erklärung wird die Regierung zu einem bestimmten Entschluß gedrängt, sie muß sich entweder zu Rechten wenden oder zum linken Centrum. Dieses hat aber bisher jede Transaction mit Broglie zurückgewiesen, es will das Septennat nur unter zwei Bedingungen unterstützen: ausgesprochene republikanische Tendenzen und Entfernung Broglie's.

Serrano erzählt uns und den Carlisten immer voraus, was er zu thun gedenke; jetzt läßt er verklinden, daß er den so oft wegen des bösen Windes aufgeschobenen Angriff sicher am Mittwoch oder Donnerstag unternehmen werde. Wenn nur Bilbao sich so lange hält! Die letzten Nachrichten aus der belagerten Stadt sind aus den ersten Tagen dieses Monats und besagen, daß der Platz, obwohl sehr eng umzingelt, auf das feindliche Feuer kräftig antwortete. Aus Algorta kommt das nicht ganz unwahrscheinliche Gerücht, daß die Carlisten ihre Position am Abanto für unhalbar ansiehen und sich vorbereiten, eine andere Vertheidigungslinie einzunehmen. Im carlistischen Lager frohlockt man über Serrano's Unthätigkeit. „Hätte er — schreibt man von dort — nach den günstigen Gefechten am 28. sofort mit seinen verfügbaren Resten einen Vorstoß riskiert, so war ihm Portugal, so war ihm sein wichtigstes Operationsobjekt sicher; im schlimmsten Falle aber konnte er nur wieder zurückgedrängt werden, und könnte sofort wieder neue Angriffe in's Werk setzen; denn es mußte ihm doch klar sein, daß auch die carlistischen Truppen nach den gehabten Aufstrengungen sehr erschöpft und ermüdet waren. Im Lager Don Carlos' benutzte man diese günstigen Chancen natürlich, um in der umfassendsten Weise sich zu reorganisieren, und hofft bis zum neuen Angriff Bilbao bereits zur Übergabe gezwungen zu haben,

indem man das Bombardement in einer sehr fühlbaren Weise verschärft hat. Im Durchschnitt werden täglich 800 Geschosse hineingeworfen, die bestehenden Laboratorien sind kaum in der Lage, den nötigen Munitionsbedarf zu beschaffen; wie der Gouverneur es bewertest, sich noch zu halten, ist kaum begreiflich, denn seit geraumer Zeit sind doch schon die wichtigsten Punkte, das Morro-, Arsenal- und linke Ufer im Besitz der Garnisons-Armee."

Deutschland.

△ Berlin, 19. März. Die morgen auf der Tagesordnung stehende dritte Sitzung des Militärgefeßes hofft man in einer Sitzung zu beenden. An neuen Anträgen standen in Aussicht Vorschläge über Organisation des Landsturms als Zusätze zu § 6, doch wollte man sich heute noch darüber schlüssig machen, ob die Anträge wirklich eingebrochen werden sollten. Andererseits liegt vor ein Antrag der Conservativen und Freiconservativen v. Denzin, Diez und Genossen: Der Reichstag wolle beschließen, an Stelle des Absatzes 3 des § 57 einen neuen Paragraphen zu setzen folgenden Inhalts: Die Mannschaften der Landwehr können alljährlich einmal, die übrigen Personen des Beurlaubtenstandes zweimal zu Controversammlungen zusammenberufen werden, welche derart angemessen sind, daß die Personen des Beurlaubtenstandes durch sie nicht länger als einen Tag, einschließlich des Hinweges zum Versammlungsorte und des Rückweges, ihren bürgerlichen Geschäften entzogen werden. — Die gestern im Reichstage angenommene Fassung des Gesetzes über die Ausgabe von Reichskassen scheinen wir die unveränderte Zustimmung des Bundesrates finden. — Das gestern vom Abg. Windhorst angekündigte Noth-Preßgesetz liegt dem Reichstage vor. Der genannte Abgeordnete und 45 Genossen, sämtlich Mitglieder des Centrums, beantragen die Annahme folgenden Entwurfes: „§ 1. Die Verpflichtung zur Bestellung von Zeitungs-Cautionen, der Zeitungs- und Kalenderstempel, die Abgabe von Inseraten, sowie jede andere neben der allgemeinen Gewerbesteuer noch bestehende Belastung oder Besteuerung einzelner Preßzeugnisse werden hiermit aufgehoben. § 2. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Juli d. J. in Kraft.“ Hauptsächlich wird eine annehmbare Verständigung über das Preßgesetz zwischen Reichstag und Bundesrat ein Noth-Preßgesetz überflüssig machen. — Am Dienstag soll die Berathung über das Kirchendiener-Gesetz erfolgen. Die Anträge der freien Commission sollten noch heute formulirt und morgen eingereicht werden. Eine Majorität für dieselben ist zweifellos zu erwarten.

NLC. In der am Freitag Abend stattgehabten ersten Sitzung der Eisenbahnen-Commission des Abgeordnetenhauses gelangte die Vorlage über die Anleihe von 50,000,000 Thlr. beabsichtigt Neubaues von sechs Eisenbahnen zur Berathung; die Verhandlung kam indessen nicht über die Generaldebatte hinaus. Sowohl der Referent über die beantragten Eisenbahnen (darunter Insterburg-Prostken, Jablonowo-Laskowitz, Rokietnice-Colberg-Stolplinde) wie fast alle folgenden Redner wandten sich zur Tarifreform in Verbindung mit der gesunkenen Rentabilität des letzten Jahres. Auf die bezüglichen Fragen theilte der Handelsminister mit, daß die Überschüsse der Staatsseisenbahnen, welche 1872 noch 16,995,000 Thlr. betrugen, 1873 auf

beschäftigt mit der Ausbeutung der Archive unserer Provinz, unter denen neben dem königlichen Staatsarchiv zu Königsberg dasjenige unserer Stadt seinen hervorragenden Rang behauptet und zwar gerade zu dem Zwecke, das ständische Leben unserer Provinz zu erforschen, gibt uns der Verfasser nunmehr ein Werk, welches mit wissenschaftlicher Gediegenheit den späteren Forschungen auf dem Gebiete der Culturgeschichte unserer Provinz unentbehrliche und zugleich reichste Material gewähren wird.

In dieser Beziehung kann die nationale Bedeutung dieses Werkes nicht nachgestellt werden derjenigen, welche die Herausgabe der Hansarecese in unsern Tagen erlangt haben. Denn während diese nur die hanseatischen Interessen der preußischen Städte im Zusammenhange mit denjenigen der allgemeinen Hanse in's Auge fassen, bezweckt die vorliegende Sammlung eine Darstellung der territorialen Interessen des ganzen Landes Preußen. Und wenn auch bei dem überwiegenden Einfluß, welche die Städte auf die erste Culturentwicklung des Landes gewonnen haben, die Interessen dieser mit denjenigen der allgemeinen Landesstände oft zusammenfallen, so ist die Geschicklichkeit, mit welcher der Verfasser die so nahe liegende Gefahr einer Wiederholung der Verhandlungen der preußischen Städte, wie sie die Hansarecese geben, vermieden hat, nicht hoch genug anzuschlagen.

In gleichem Maße anerkennenswerth ist die ganze Anordnung der Publication der ständischen Acten. Sie erleichtert nicht nur durch gründliche Einleitungen zu den Hauptabschnitten das Verständnis des zu denselben gehörigen Quellenmaterials, sondern bezweckt auch durch Anhänge, welche die chronologisch zerstreuten Verhandlungen über einzelne Gegenstände in Gruppen zusammenziehen und den Abschluß der geführten Verhandlungen erkennen lassen, spätere Detailsforschungen wesentlich zu unterstützen.

Selbstverständlich war die Eintheilung der in dieser ersten Lieferung mitgetheilten Acten in zwei Abschnitte, von denen der erste die Zeit vor der Tannenberger Katastrophe, der zweite die Zeit des Hochmeisters Heinrich von Plauen (1410—1413) umfaßt, durch die politische Geschichte des Ordens geboten. Es ist von besonderem Interesse zu erkennen, wie schon die Gründung des Ordensstaates durch Herbeiziehung deutscher und polnischer Einwanderer auf das durch Förderung gewonnene Gebiet die Entstehung einer ständischen Wirksamkeit bedingte. Denn nur dadurch, daß der Orden durch Verträge den anziehenden Colonistern die günstigsten Bedingungen zusicherte, konnte er seinen Zweck erreichen, den verödeten und menschenleeren Landstrecken rasch neue Ansiedler zu verschaffen. So ist die culmische Handfeste von 1233, durch welche die Rechte der deutschen Colonisten festgesetzt wurden, der Grundvertrag zwischen dem die Hoheitsrechte ausübenden Orden und seinen deutschen Unterthanen geworden. Die großen Vortheile, welche sie ihnen einräumte, — gemeinschaftliche Verfassung mit selbstständiger Wahl der Obrigkeit, ausführlicher Grundbesitz mit dem vollkommenen Eigentumsrecht gegen sehr mäßige Abgaben und Leistungen, — lockten zahlreiche Scharren deutscher Ansiedler nach, dem deutschen Ordensstaate. Besonders wurde die Erhebung der Städte zu blühenden Handelsplätzen, wozu schon ihre meist günstige Lage sie befähigte, vom Orden mit seltener Umsicht und Selbstverständigung gefördert und dadurch eine politische Selbstständigkeit derselben begründet, welche sie auf ihren Städtegründungen einerseits im Hansebunde ihre besonderen Handelsinteressen wahrzunehmen, andererseits den bald hervortretenden Eingriffen der Ordensherrschaft gegenüber ihre erworbenen Rechte zu vertheidigen in den Stand setzte.

Es hieße den uns vergönnten Raum missbrauchen, wollten wir das städtische und ständische Leben zur Zeit der Ordensherrschaft auch nur in

„Acten der Ständetage Preußen's unter der Herrschaft des deutschen Ordens“. Herausgegeben von Dr. M. Töppen, Director des K. Gymnasiums zu Marienwerder. Band I.“ A. u. b. T.: „Acten der Ständetage Ost- und Westpreußen's“. Herausgegeben von dem Verein für die Geschichte der Provinz Preußen. Band I. Lieferung II.“ Unter diesem Titel hat vor Kurzem die erste Schrift des noch jungen Vereins für die Geschichte unserer Provinz die Presse verlassen. Allerdings handelt es sich um ein wissenschaftliches Werk im strengsten Sinne des Wortes und die Befreiung desselben wäre daher den ausschließlich wissenschaftlichen Fachjournalen zu überlassen. Allein bei dem regen Interesse, welches auch hier noch längst in einer erhöhten Geldbereitwillung seitens der städtischen Behörden für die Förderung des Vereins sich beobachtet hat, und bei dem innigen Zusammenhang des in diesem Werke behandelten Gegenstandes mit Danzigs Vergangenheit, wird es nicht ungeeignet erscheinen, auch an dieser Stelle auf diese erste Production des Vereins, welcher sich die Veröffentlichung von bisher noch wenig bekannten Quellen der preußischen Provinzialgeschichte zum Zwecke gesetzt hat, hinzuweisen. Die Wahl, welche der Vorstand des Vereines mit der Edition der Acten der Ständetage Ost- und Westpreußen's getroffen hat, ist als eine den ersten Bestrebungen des Vereines durchaus würdige und angemessene zu bezeichnen. zunächst scheint allerdings die vorliegende Arbeit nur Denjenigen unmittelbaren Nutzen zu gewähren, welche solche Quellenwerke historisch auszubauen verstehen; aber infofern die hier niedergelegten Resultate für die innere, culturgeschichtliche Entwicklung unserer Provinz eine hohe Bedeutung haben, sind sie dazu berufen, auch das Gemeingut aller derjenigen gebildeten zu werden, welche ihre Freude darin

11,796,000 Thlr. herabgesunken seien. Im Rückgang der Einnahmen zeichnet sich vor Allem die westfälische Bahn aus, bei der eine Abnahme i. J. 1873 bis auf 49,000 Thlr. von 1,023,000 Thlr. im Vorjahr stattgefunden hat. Die Tarifreform anlangend, erwähnte der Minister, daß dem Drängen nach Erhöhung seitens der Eisenbahn-Interessenten eine ebenso starke Gegenströmung seitens anderer industrieller Kreise gefolgt sei, zum Theil unter klarer Nachweisung der dadurch bedingten erheblichen Schädigung derselben. Bei den im Herbst innerhalb des preußischen Kessorts geslogenen Berathungen habe man sich indessen für eine Tarifreform ref. Erhöhung entschließen zu müssen geglaubt, um nicht überhaupt einen Stillstand in die Fortentwicklung unseres Eisenbahnbaues zu bringen. Die Verhandlungen seien zwar, was etwaige Reformen der Einheitsfälle anbetreffe, zu einem Abschluß noch nicht gekommen, über die Einführung des Neupfennigs an Stelle des alten Pfennigs sei indessen kein Zweifel mehr, und schon diese Änderung allein werde manchen Nebständern abzuhelfen geeignet sein. Im Abschluß an die vorjährige Resolution des Hauses bezüglich der Staatsprämien für den Bau von Lokalbahnen durch die Interessenten und die Ausarbeitung von Normativbestimmungen für diesen Zweck, wurde von verschiedenen Seiten hervorgehoben, daß es dringend wünschenswerth sei, vorzugehen, und zwar gerade jetzt zu einem Zeitpunkt, zu welchem man dies bei der herrschenden Unzufriedenheit am Eisenbahnbau, am objektivsten thun könne. Der Handelsminister erwiderte, daß die ärmeren Kreise und Corporationen dadurch wohl selten in die Lage kommen würden, für sich Lokalbahnen bauen zu können. Bisher seien ihm nur einige bezügliche Anträge von Generalunternehmern angegangen. Uebrigens restorierte diese ganze Frage vom Reiche.

Das Bestinden des Fürsten Bismarck hat sich, dem „D. W. B.“ zufolge, so weit gebeffert, daß er schon einige Stunden des Tages außerhalb seiner bisherigen Krankenstube in einem andern Zimmer zubringt.

Da des preußischen Landtags ohnehin eine große Zahl von Arbeiten wartet, hat, wie die „Wetter-Ztg.“ vernimmt, das preußische Staatsministerium auf die Vorlegung des Gesetzentwurfs, betreffend die Errichtung eines obersten Verwaltungsgerichts in dieser Session verzichtet und beschlossen, den vorläufigen durch Commissarien der einzelnen Kessorts aufgestellten Gesetzentwurf zur Veröffentlichung zu bringen.

Den Fraktionen ist jetzt von dem Abgeordneten Mosle ein Antrag zur Vorberatung resp. Beteiligung unterbreitet worden, der dahin geht, einem beigefügten Gesetzentwurf, betreffend die Declaration des Artikels 215 des deutschen Handelsgesetzbuches, die Zustimmung zu erhalten. Der Gesetzentwurf lautet folgendermaßen: „Einiger Artikel. Die Artikel 215 des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches wird durch nachstehende Bestimmung erweitert: „Artikel 215. Die Abänderung des Gegenstandes der Unternehmung der Gesellschaft kann nicht durch Stimmenmehrheit beschlossen werden, sofern dies nicht in dem Gesellschaftsvertrage ausdrücklich gestattet ist. Dasselbe gilt von dem Falle, wenn die Gesellschaft durch Übertragung ihres Vermögens und ihrer Schulden an eine andere Actiengesellschaft gegen Gewährung von Actien der letzteren aufgelöst werden soll. Die Actiengesellschaft darf eigene Actien nicht erwerben. Sie darf eigene Actien auch nicht amortisieren, sofern dies nicht durch den ursprünglichen Gesellschaftsvertrag oder durch einen, den letzteren abändernden, vor Ausgabe der Actien gefassten Beschluss zugelassen ist. Das Verbot des Erwerbes und der Amortisierung eigener Actien greift nicht Platz, sofern der Erwerb zum Zwecke der Vernichtung der Actien erfolgt. Bei solchem Erwerbe sind die Vorschriften des Artikel 248 unter dem im dritten Absatz derselben angebrochenen Rechtsnachtheil zu beobachten.“

Der „N. Z.“ zufolge hat man jetzt auch in den Kreisen der Staatsregierung die Überzeugung genommen, daß mit Berlin, wenn es aus der Provinz ausscheidet, die nächstgelegenen Ortschaften in nahe Beziehung gebracht und zu einer Provinz Berlin verbunden werden müssen. Vorzugswise handelt es sich dabei um diejenigen Ortschaften,

welche mit Berlin bisher den weiteren Polizeibezirk gebildet haben, indes werden namentlich im Süden Berlins wohl noch einige andere alte und neue Ansiedlungen in Betracht kommen.

Das Kanonenboot „Albatros“ ist am 17. d. Nachmittags im Hafen von Kiel gankert. An Bord Alles wohl.

Von den schlesischen Städten gedenken nur Breslau, Neisse und Bautzen die Schlachtfeste als Communalsteuer beizubehalten.

Der Oberpräsident a. D. v. Buttstädt früher Polizei-Präsident von Berlin, ist gestorben. Der Berühmte wird dadurch hinreichend charakterisiert, daß ihm die „Kreuzzeitung“ einen „treuen Patriot und ersten Christen“ nennt.

Güsen, 19. April. An Stelle des verhafteten Domherrn Wojciechowski hat schon am 15. d. die Leitung und Verwaltung der Güsener Diöcese als stellvertretender Official der Domherr Vic. Korytkowski übernommen.

Kassel, 16. April. Gegen sämtliche, dem Lehrstande angehörigen Unterrichter der an die Protestpastoren gerichteten Bestimmungsbefreiung ist seitens der Regierung die Disciplinar-Untersuchung eingeleitet worden. Der Pfarramtscandidat Abbe in Marburg, welcher sich jener Kündigung gleichfalls anschloß, wurde neuerdings aus dem catalogus expectantum gestrichen, was den Verlust sämtlicher Ordinationsrechte innerhalb des Conflitorialbezirks zur Folge hat. — Von den durch die Amtsentsetzungen der Protestpastoren erledigten Pfarrstellen in Niedersachsen sind bereits neun definitiv anderweit besetzt. Die Zahl würde jedenfalls noch größer sein, wenn nicht die in verschiedenen Kirchspielen bestehenden Patronatsrechte wesentliche Schwierigkeiten verursachten.

München, 18. April. Der König hat gestern Nachmittag den Legationsrat Reither in Audienz empfangen, welcher, wie bereits gemeldet, für die oberste Leitung des königlichen Cabinets im Aussicht genommen sein soll.

Schweiz.

Bern, 18. April. Die ultramontanen Mitglieder des hiesigen Grossen Raths aus dem Berner Jura haben bei dem Bundesrath Recurs gegen das neue Berner Kirchengesetz eingereicht. — Die Mitglieder der Pariser Commune Lebeau und Lacord, die in Genf verhaftet worden waren, sind auf freien Fuß gesetzt. (W. T.)

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. April. Der Landwrausschuss des Abgeordnetenhauses hat sich mit 7 gegen 6 Stimmen für das Prinzip der Errichtung von Cadres der Landwehr-Cavallerie ausgesprochen. — Der neu ernannte päpstliche Nunzius Jacobini hat dem Kaiser heute seine Creditive überreicht.

Frankreich.

Paris, 17. April. Auf Ansuchen der französischen Regierung hat der Papst nunmehr in die durch den Frankfurter Frieden vorgelebene neue Abgrenzung der Elsaß-Lothringischen Diöcesen eingewilligt. Die betreffenden Bullen werden so eben ausgesertigt. Die deutsche Regierung verständigte sich mit der französischen dahin, daß letztere es übernahm, das betreffende Ansuchen im Vatican zu stellen. — Die Beamten der spanischen Territorialbank sind wieder in Freiheit gesetzt worden. Dagegen hat man den ehemaligen kaiserlichen Minister Clement Duvernois, Director der Bank, den ehemaligen Ammann am Appellationshofe von Paris, Amedee Rafatti, Chef der Buchführung der Gesellschaft, den ehemaligen Redakteur der „Presse“ Jauré, Generalsecretär der Bank, den Banquier Wolff (er ist holländischer, nicht deutscher Banquier) und dessen jüngeren Bruder nach Mazas gebracht. Ein sechstes Mitglied der Verwaltung der Bank, Ernst Rafatti, hat sich der Verhaftung durch die Flucht entzogen. Clement Duvernois soll jüngerster niedergeschlagen sein und bis jetzt jede Nahrung verweigert haben. Nähere Einzelheiten über die gegen die Verhafteten erhobene Anklage erfährt man noch nicht. Nur bestätigt es sich, daß die Verfolgung von Amts wegen stattfinde, da bei den Gerichten viele Klagen gegen die Bank eingelaufen waren. Auch sollen bei ihrer Gründung die gesetzlichen Formalitäten umgangen worden sein. Eine öffentliche Subscription fand gar nicht statt, sondern der berüchtigte Banquier des „Crédit communal“ und des „Crédit Foncier suisse“, der vor Kurzem zu drei Jahren verurtheilte Parelin Caperon, hatte die 50,000 Actien übernommen und der Bank dafür ganz wertlose Papiere gegeben. Eine Masse kleiner Capitalisten verlieren in Folge dieses neuen Schwindels den größten Theil ihres Vermögens. Die Bonapartisten sind durch diese Sache höchst unangenehm berührt worden, zumal die großartigen Schwindelgeschäfte des Kaiserreichs, wie der Credit Mobilier, die Caisse Münds u. s. w. wieder lebhaft in's Gedächtnis zurückgerufen wurden. Sie suchen sich dadurch zu helfen, daß sie Clement Duvernois den Titel eines Bonapartisten absprechen.

Belgien.

Namur, 18. April. In dem schon seit einer Reihe von Tagen hier verhandelten Prozeß Faumart, betreffend die Fälschung eines von dem Baron Pasquet d'Acoff errichteten Testaments, erkannte der Gerichtshof gestern Faumart des Gebrauchs eines falschen Testamentes, das Faumart zum Erben einer Summe von 6 Mill. Fr. aus der Pasquet d'Acoff'schen Hinterlassenschaft einzusetzt, schuldig und verurtheilte denselben deshalb zu 10jähriger Einschließung. Das Verkünden des Urtheils führte zu erheblichen Störungen der öffentlichen Ruhe, wobei mehrere Personen verwundet und schließlich mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. (W. T.)

Spanien.

Madrid, 17. April. Ein aus Bilbao hierher gelangter Brief vom 6. d. M. besagt, es sei noch immer auf einige Zeit genügender Vorrath an Proviant und Lebensmitteln vorhanden.

Santander, 17. April. Die Regierung ist zur Fortsetzung des Kampfes gegen die Carlisten fest entschlossen und läßt jeden Gedanken an Verhandlungen mit den Carlisten offiziell in Abrede stellen. Die Gouverneure der Provinzen sind angewiesen, jede Propaganda zu Gunsten von Don Alfonso, Sohn der früheren Königin Isabella energisch zu unterdrücken. Admiral Topete war nach Erledigung des Ausgleichsvertrags, den er bei den Mitgliedern des Cabinets in Madrid unternommen hatte, bereits wieder in Somorrostro ein-

getroffen. Dem Berühmten noch sind alle Differenzen für jetzt beigelegt; vor Allem soll Bilbao erst entsezt werden. Von Santander waren zu dem Ende wieder 12,000 Mann unter General Concha abgegangen und von verschiedenen anderen Punkten Spaniens aus waren weitere 12,000 Mann in Bewegung gesetzt, um sich mit dem Corps General Concha's zu vereinigen. Die Carlisten sind mit Befestigung ihrer Stellung zwischen Balmaseda und Navales beschäftigt. Bilbao ist bis zum 5. Mai mit Mundvorraht versehen.

England.

London, 17. April. Im Oberhause wurde eine Dotierung von 25,000 Pf. St. an General Wolseley für dessen Verdienste in dem Feldzuge gegen die Ashantees bewilligt. — Im Unterhause brachte Sir John Edward Jenkins die Suezcanal-Angelegenheit zur Sprache. Der Premier Disraeli bestätigte, daß Lessops mit Schließung des Canals gedroht habe und daß die Pforte auf Durchführung der Beringungen bestehet, welche vor der internationalen Commission aufgestellt worden seien. Er fügte hinzu, die französische Regierung habe Lessops Vorstellungen gemacht und ihn aufgefordert, von allen gewaltsamem Maßnahmen abzustehen und sich den von der Commission getroffenen Bestimmungen zu fügen. Seines Erachtens habe Lessops Drohungen nur die Folge einer momentanen Erregtheit derselben und halte er Herrn v. Lessops für einen Mann, der sich in die Umstände zu schiden wissen werde. (W. T.)

Reichstag.

35. Sitzung vom 18. April. Fast einstimmig wird der Gesetzentwurf, betreffend eine Abänderung des Münzgesetzes bezüglich der österreichischen Vereinstaler, in dritter Berathung genehmigt, nachdem Fürst Hohenlohe-Langenburg konstatiert hat, daß der Reichstag bei der Annahme dieses Gesetzes von der Ansicht ausgeht, daß die Auflösung beziehungsweise Einziehung der bis 1867 geprägten österreichischen Vereinstaler nur im Wege der Gegeignung zu Stande kommen darf.

Es folgt der Nachtrag zum Haushaltsetat des deutschen Reiches für 1874, welcher in Ausgabe auf 1,552,865 R. (und zwar fortlaufende 5500 R.; einmalige 1,547,365 R.) und in Einnahme auf 1,552,865 R. festgelegt ist. Ohne Discussion wurden genehmigt: 5500 R. zur Erhöhung der Befoldungen der Beamten des Rechnungshofes; 65,000 R. zum Ankauf eines Grundstücks und zur Errichtung eines Dienstgebäudes für das statthafte Amt; 90,000 R. als Kosten der Expedition zur Beobachtung des Vorübergangs der Sonne vor der Sonne im Jahre 1874; 1,000,000 R. zu neuen Anlagen Beihaus Vermehrung der Telegraphen-Verbindungen und zur Errichtung von neuen Telegraphen-Stationen, sowie zur allmäßigen Erwerbung der von Communen hergestellten Telegraphen-Anlagen und Stationen und zur Erwerbung von Dienstgebäuden (bei Zusatz wird auf Antrag Tellkampf's mit Zustimmung des General-Telegraphen-Directors Oberst Meyn angenommen); 224,365 R. zur Bewilligung von extra-ordinären Kompetenzen an die Bevölkerungsgruppen in Elsaß-Lothringen. Eine Discussion rüstet eine Position von 18,000 R. zum Ankauf zweier Grundstücke auf der Insel Rügen für das von Fockom nach Amoy zu verlegenden Consulat hervor. Die Position wird mit einem von Mosle beantragten Zusatz: „sowohl zur Herstellung der erforderlichen Bauleichtigkeiten“ angenommen. Hierbei fragt der Abg. Kapp den Präsidenten Delbrück, ob er antikl. Kenntnis davon hat, daß deutsche Kaufleute unter peruanischer Flagge zwischen Matao und Callao Schuhhandel getrieben haben und noch treiben, daß deutsche Schiffsschäfte Kuli vor der ostasiatischen Küste nach Peru befördert haben, und welche Schritte das Reichskanzleramt ergreifen, um diesem Verbrechen vorzubeugen? Präsident Delbrück erwiedert, daß allerdings ein solcher Fall konstatirt sei; derselbe falle aber unter englische Jurisdiction; Verhandlungen mit der britischen Regierung hätten ergeben, daß dieselbe nach der Ansicht ihrer Kronjuristen ein Strafverfahren einzuleiten nicht in der Lage sei. Er nehme an, daß von den Consulaten entsprechend den ihnen und der Gesandtschaft in Peking ertheilten bestimmten Weisung mit Strenge darauf gehalten wird, daß die deutsche Flagge nicht gemisbraucht wird. Ferner werden die nachträglichen Einnahmen genehmigt, die aus drei Positionen bestehen: 1) 500 R. als Beitrag Elsaß-Lothringen's für die Ausgaben des Reichskanzleramtes, des Rechnungshofs u. s. w.; 2) 1,552,365 R. als Gewinn bei der Ausprägung von Reichsmünzen. Außerdem liegt dem Hause noch ein Nachtrag zum Etat der Einnahmen des deutschen Reiches an Sößen und Verbrauchssteuern vor. Derselbe weist bei den Hauptzöllnern in Lübeck, Bremen und Hamburg eine Mehreinnahme von 53,610 Thlr. nach, der aber eine gleich hohe Mehrausgabe für Gehaltserhöhungen gegenübersteht. Derselbe wird genehmigt, nachdem die Abg. Grumbrecht und Mosle ausgeführt, daß die Beamten der Hauptzöllner mit dieser Gehaltserhöhung durchaus noch nicht zufrieden sein könnten.

Die 2. Berathung des Gesetzes über die Reichskasse zeigt eine, welche bereits in der letzten Sitzung vor den Ferien begonnen hatte, wird wieder aufgenommen. § 1 der Vorlage lautet: „Der Reichskanzler wird ermächtigt, Reichskassenscheine zum Gesamtbetrage von 120 Millionen Mark in Abschritten zu 5, 25 und 50 Mark auszufertigen zu lassen und unter die Bundesstaaten nach dem Maßstabe ihrer durch die Zählung vom 1. Dezember 1871 festgestellten Bevölkerung zu verteilen. Über die Verteilung des Gesamtbetrages auf die einzelnen Abschritte beschließt der Bundesrat.“ (Sonne man beantragt hier die Ziffern 5 und 25 zu streichen; Bamberger statt der Ziffer 25 die Ziffer 20 zu setzen.) Da die Debatte sofort auch die §§ 2 und 3 berührt, lassen wir die hier folgen: § 2. Jeder Bundesstaat hat das von ihm seither ausgegebene Staatspapiergeld spätestens bis zum 1. Juli 1875 zur Einzahlung öffentlich aufzurufen und thunlichst schnell einzuziehen. Zur Ammahn von Staatspapiergeld sind vom 1. Januar 1876 an nur die Kassen des jeweiligen Staates verpflichtet, welcher das Papiergeld ausgegeben hat.“ — § 3. „Denjenigen Staaten, deren Papiergeld den ihnen nach § 1 zu überweisen den Betrag hinaus ansteigt, schuldig und verurtheilt denselben zu 10jähriger Einschließung. Das Verkünden des Urtheils führt zu erheblichen Störungen der öffentlichen Ruhe, wobei mehrere Personen verwundet und schließlich mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. (W. T.)

Die 2. Berathung des Gesetzes über die Reichskasse zeigt eine, welche bereits in der letzten Sitzung vor den Ferien begonnen hatte, wird wieder aufgenommen. § 1 der Vorlage lautet: „Der Reichskanzler wird ermächtigt, Reichskassenscheine zum Gesamtbetrage von 120 Millionen Mark in Abschritten zu 5, 25 und 50 Mark auszufertigen zu lassen und unter die Bundesstaaten nach dem Maßstabe ihrer durch die Zählung vom 1. Dezember 1871 festgestellten Bevölkerung zu verteilen. Über die Verteilung des Gesamtbetrages auf die einzelnen Abschritte beschließt der Bundesrat.“ (Sonne man beantragt hier die Ziffern 5 und 25 zu streichen; Bamberger statt der Ziffer 25 die Ziffer 20 zu setzen.) Da die Debatte sofort auch die §§ 2 und 3 berührt, lassen wir die hier folgen: § 2. Jeder Bundesstaat hat das von ihm seither ausgegebene Staatspapiergeld spätestens bis zum 1. Juli 1875 zur Einzahlung öffentlich aufzurufen und thunlichst schnell einzuziehen. Zur Ammahn von Staatspapiergeld sind vom 1. Januar 1876 an nur die Kassen des jeweiligen Staates verpflichtet, welcher das Papiergeld ausgegeben hat.“ — § 3. „Denjenigen Staaten, deren Papiergeld den ihnen nach § 1 zu überweisen den Betrag hinaus ansteigt, schuldig und verurtheilt denselben zu 10jähriger Einschließung. Das Verkünden des Urtheils führt zu erheblichen Störungen der öffentlichen Ruhe, wobei mehrere Personen verwundet und schließlich mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. (W. T.)

Die 2. Berathung des Gesetzes über die Reichskasse zeigt eine, welche bereits in der letzten Sitzung vor den Ferien begonnen hatte, wird wieder aufgenommen. § 1 der Vorlage lautet: „Der Reichskanzler wird ermächtigt, Reichskassenscheine zum Gesamtbetrage von 120 Millionen Mark in Abschritten zu 5, 25 und 50 Mark auszufertigen zu lassen und unter die Bundesstaaten nach dem Maßstabe ihrer durch die Zählung vom 1. Dezember 1871 festgestellten Bevölkerung zu verteilen. Über die Verteilung des Gesamtbetrages auf die einzelnen Abschritte beschließt der Bundesrat.“ (Sonne man beantragt hier die Ziffern 5 und 25 zu streichen; Bamberger statt der Ziffer 25 die Ziffer 20 zu setzen.) Da die Debatte sofort auch die §§ 2 und 3 berührt, lassen wir die hier folgen: § 2. Jeder Bundesstaat hat das von ihm seither ausgegebene Staatspapiergeld spätestens bis zum 1. Juli 1875 zur Einzahlung öffentlich aufzurufen und thunlichst schnell einzuziehen. Zur Ammahn von Staatspapiergeld sind vom 1. Januar 1876 an nur die Kassen des jeweiligen Staates verpflichtet, welcher das Papiergeld ausgegeben hat.“ — § 3. „Denjenigen Staaten, deren Papiergeld den ihnen nach § 1 zu überweisen den Betrag hinaus ansteigt, schuldig und verurtheilt denselben zu 10jähriger Einschließung. Das Verkünden des Urtheils führt zu erheblichen Störungen der öffentlichen Ruhe, wobei mehrere Personen verwundet und schließlich mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. (W. T.)

Abg. Siemens: Die thatächlichen Verhältnisse in unserem Lande sind augenblicklich traurig und eine wesentliche Ursache dieser Krankheit besteht darin, daß wir bisher zu viel Circulationsmittel gehabt haben. (Sehr richtig.) Das Publithum ist gewöhnlich zu sagen: wenn viel Geld da ist, so ist ein großes Nationalvermögen da, obgleich das sachlich vielleicht ganz falsch ist, sich auch 1872 und 1873 namentlich bei uns als durchaus falsch erwiesen hat. Seit 1856 war die Vermehrung der Circulationsmittel in Deutschland über alle Beschreibung groß, 1856 hatten wir ungefähr 400 Millionen Thlr. norddeutsches Silbergeld und dazu die süddeutschen Guldenstücke; daneben ungefähr 40 Millionen Staatspapiergeld und 40 Mill. Privatbanknoten. Das Staatspapiergeld ist ungefähr das Gleiche geblieben, die Privatbanknoten hatten sich bis Schluß 1872 von 40 auf 440 Millionen vermehrt. Das Silbergeld ist daneben auch noch vermehrt worden, u. d. durch mehr als 30 Mill. österreichischer Silberhalter. Diese Vermehrung hat sich an und für sich einen sehr nachteiligen Einfluß auf die Geschäftsgewährung unseres Handelsstandes gehabt. Im Jahre 1873 hat eine weitere Vermehrung der Circulationsmittel um 340 Mill. Thlr. Gold stattgefunden, die alle im Verkehr sind, entweder bar oder in Form von Banknoten. Wollen wir nun die Menge der Circulationsmittel auf ein vernünftiges Maß zurückführen, so müssen wir mit dem künstlichen den Anfang machen, weil das natürliche Verkehrsmitel, das Gold, aus dem Lande getrieben würde, wenn wir nicht selbst die künstlichen bei Seite schaffen. Die Vorlage findet sich mit dem Prinzip ab, indem sie die vorhandenen 61 Millionen Papiergeld sofort auf 58 Mill. reduziert und 15 Jahre lang jährlich ungefähr 1 Million zurückziehen will. Das ist viel zu wenig, es muß sofort eine große Reduction eintreten und das ist der Schwerpunkt der Bamberger-Garnier'schen Amendements. Diese gehen davon aus, daß man sofort auf 40 Mill. heruntergehen habe und daß die Reichsvermehrung im Augenblick Gold genug habe, um überhaupt das 40 Mill. übersteigende Papiergeld durch Gold zu ersetzen. — Minister Campphausen befürwortet in ausführlicher Rede die Vorlage; die im Münzgesetz vorgesehene Tilgung des Papiergeldes der Einzelstaaten würde mehrere von diesen schweren Opfer auferlegen. Um ihnen im bundesfreundlichen Sinne dabei entgegenzukommen, habe der Reichskanzler das Abkommen getroffen, welches den § 3 zu Grunde liegt. Redner plädiert für die Beibehaltung der Appoints von 5 Mark, die ein dringendes Bedürfnis des kleinen Verkehrs ist. Das ist gerade das wichtigste Papiergeld, das mit dem Goldgeld gar nicht in Conflict treten wird, und nur dazu dient, um den gleichen Betrag weniger an silbernen Scheidemünzen zu haben. Wenn man fragt, wo sind die 340 Mill. R. der bereits geprägten Goldstücke geblieben, so weiß ich dies freilich nicht genau, doch möge man nicht glauben, daß die Circulationsmittel in Deutschland um diese Summe erhöht seien, denn einmal erfordern die bedeutend höheren Preise einen weit größeren Geldaufwand wie früher, ferner müssen wir Elsaß-Lothringen jetzt mit Gold verfügen, vorzüglich aber hat sich der Baarvorwahl der deutschen Banken zusammen seit Ende Dezember 1871 bis Ende März 1874 von 214 auf 299 Mill., d. h. um 85 Mill. vermehrt. Außerdem haben alle unsere Banken Silberbarren besessen, die für sie Dienste von Metallgeld verfahren, durch die bekannten Marken. Wieviel die deutschen Banken an Silberbarren seitdem verk

Dame Henriette Madzulath,
Richard Papin,
Verlobte.

Klein Zündner und Pekau,
am 19. April 1874.

Die gestern vollzogene Verlobung meiner
einzigen Tochter Ida mit Herrn
Friedrich Klingenberg aus Schönbau
beehre mich hierdurch ergebenst anzugeben.
Gr. Plehnendorf, den 20. April 1874.

Henriette Krause.

Nach langem schweren Leiden entstieß
heute Nacht 3 Uhr unsere innigste ge-
liebte Mutter, Schwieger- und Großmutter,
Frau Rosalie Alexander Guttman geb.
David John, im 62sten Lebensjahr.
Dieses zeigen wir tief betrübt an.

Berlin, den 18. April 1874.

971) Die Hinterbliebenen.

Seminarbau

zu Marienburg.

Die Lieferung von Schmiedeeisen und
zwar verarbeitet 1700 Kilogramm zu Balken-
und Giebelnern pp., und 10,461 Kilogr.
zu Trägern, sowie die Lieferung von 6 guß-
eisernen Säulen und 465 Kilogr. aufseitener
Unterlagsplatten, veranschlagt auf rot. 4280
R., soll im Wege der Submission vergeben
werden, wozu ein Termin auf

Freitag, den 1. Mai er.

Vormittags 11 Uhr,
im Bureau des Unterzeichneten anberaumt
ist.

Anschlag und Bedingungen können jederzeit
eingesehen, von letzteren auch Abschrift
erhellt werden, und werden Unternehmer
eracht, ihre Oferen portofrei und versteigert
bis zum obigen Termine einzureichen.

Marienburg, den 16. April 1874.

Der Wasserbau-Inspector.
804) H. Dieckhoff.

Seminarbau

zu Marienburg.

Die Ausführung der Dachdeckerarbeiten
des Hauptgebäudes und der beiden Lehrer-
wohngebäude incl. Lieferung des erforderlichen
Schiefer und sonstigen Materialien, ver-
anschlagt auf rot. 3600 R., soll im Wege
der Submission vergeben werden, und ist
hierzu ein Termin auf

Freitag, den 15. Mai er.

Vormittags 11 Uhr,
im Bureau des Unterzeichneten anberaumt.
Anschlag und Bedingungen können jederzeit
eingesehen, von letzteren auch Abschrift
erhellt werden, und werden Unternehmer
eracht, ihre Oferen portofrei und versteigert
bis zum obigen Termine einzureichen.

Marienburg, den 16. April 1874.

Der Wasserbau-Inspector.
803) H. Dieckhoff.

Auction

zu Langeführ No. 19.

Donnerstag, 30. April 1874,

Vormittags 10 Uhr,
werde ich zu Langeführ No. 19, im Auftrage
des Badermeisters Herrn Natschke wegen
Aufgabe der Wirtschaft an den Meistbern-
tenden verkaufen:

2 gute Wagensperde, 3 Mastschweine
2 Verdeck-Droschen, 1 Glasfenster,
1 Halbverdeck- und 2 Jagdwagen,
darunter einer mit Verdeck, 1 Familienvagen mit 3 Gesägen, 1 Kasten-,
1 Kloß- und 2 Arbeitswagen mit
Leitern, 1 Handwagen mit Wasser-
tonne, 1 Verdeck, 1 Jagd, 1 russische
Spanier, 1 Arbeits- und 3 Unter-
schlitten, 2 Schlittenpelzdecken,
Schlittenglocken, diverse Spazier- u.
Arbeitsgeschirre, Bämme, Leinen,
Halstropfen, Sätel, Holzketten,
Blüge, Landhaufen, eisenz. Ecken,
Bräden; 1 Häckselmaschine mit 3
Messern, diverse Stalluntersätteln, 1
Partie Nutz- und altes Eisen, 2 De-
cimallwagen, 1 großen und diverse
kleine Wagenbalzen, ca. 50 Getreide-
und Mehlsäcke, Bettgestelle, herr-
schaftliche und Gehindebetten, Spinde,
Tische, Stühle, Haus- und Küchen-
geräte, etc.

Fremde Gegenstände dürfen nicht einge-
bracht werden. Den Zahlungs-Termin
wird ich den mir bekannten Käufern bei
der Auction anzeigen. Unbekannte zahlen
sofort.

Janzen, Auctionator.

Breitgasse No. 4.

Normal Joh. J. Wagner.

Auction

Poggendorf No. 92.

Donnerstag, den 23. April er.

Vormittags von 10 und Nachmittags
von 2 Uhr ab, werde ich a. o. d.
sämtliche Colonial-

u. Material-Borräthe,

derunter 10 Mille Körken, mehrere Haß-
Syrup, ca. 10 Haß Rum, Cognac, eine
Partie Cadizguter, ca. 800 Fl. div. Weine,
Cigaren, Cigarrer, Haftagen, 4 Re-
positorien, Ladenuntersätteln, Lampen, etc., fer-
ner: einige Möbel, Bilder, Uhren, Haus-
und Küchengeschirr, 1 gute Decimalwaage,
1 gute Brückenuhr, 1 gute Standwaage,
meistbietet gegen baar versteigern, wozu
einlade.

(767)

A. Collet, Auctionator, Fischmarkt No. 8.

Englisch

lehrt ein Philologe, welcher 3 Jahre in
England lebte. Näheres Breitgasse 43, eine

Dr. Dienstag von 2-3 Uhr.

(936)

Zur Dienststellenden Unterricht in eins, wie

3 dopp. Buchführung, verbunden mit kauf-

männlichem Rechnen u. Correspondenzheit

H. Hertell, Buchhalter,

873) Pfefferstadt 51, 4. Etage.

Fünf Monatsschulstunden billig zu

verkaufen Langgasse 87. (963)

Im Monat Mai kommen folgende Prämien-Anleihen

mit Gewinnen zur Verlosung:

3 % Oldenburger 40-Thaler-Loose	Höchster Gewinn: Rthlr. 35.000.
Braunschweiger 20-Thaler-Loose	Rthlr. 20.000.
Schwedische 10-Thaler-Loose	Rthlr. 7000.
Bukarester 20-Francs-Loose	Fres. 100.000.
Neufchateler 10-Francs-Loose	Fres. 12.000.
Ungarische 100-Gulden-Loose	Fl. 150.000.
Badische 35-Gulden-Loose	Fl. 1000.

Niedrig. Gew. Rthlr. 40.
Rthlr. 21.
Rthlr. 12.
Fres. 20.
Fres. 12.
Fl. 112.
Fl. 55.

Wir empfehlen vorstehende Loose bei billigster Coursberechnung als vortheilhafte Sparanlage, da dieselben neben der Gewinnchance niemals ihren Werth verlieren.

Meyer & Gelhorn, Danzig,

Bank- und Wechsel-Geschäft, Langenmarkt 40.

935)

Newyorker, Germania, Lebens-Vers.-Ges.

Europäische Abtheilung, 48 Markgrafenstraße in Berlin, errichtet 1868.

Special-Verwaltungs-Rath Ed. Frhr. v. d. Heydt, H. Hardt,
für Europa: H. Marouse, Dr. Fr. Kapp, Herm. Rose,
General-Director.

Depositum in Deutschland: Thlr. 225.000.

Activa am 1. Januar 1874: Thlr. 8.458.639.

Reiner Überschuss über alle Passiva: " 531.265.

Vermehrung der Activa in 1873: " 1.073.731.

Varess Einkommen in 1873: " 2.756.707.

Ver sicherungen in Kraft: 19.739 Policien für Thlr. 49.360.652,

davon in Europa: " 3.534 6.004.470.

Neben der Sicherheit, welche die genaue Staats-Controle in Amerika und der
blühende Zustand der Gesellschaft selbst gewährleistet, reducirt die hohe, durchaus sichere
Verzinsung der Capitale und die Rückgabe des ganzen Überschusses an die
Versicherten die Netto-Kosten der Versicherung für jeden auf das möglichste Minimum.
Dividenden-Vertheilung schon zwei Jahre nach Empfang der Prämien. — Nähere
Ansicht erhalten die General-Agenten

A. P. Muscate in Danzig,

Bernh. Jacob in Görlitz, Gebr. Wagner in Königsberg,

C. Hirschfeld in Bromberg,

sowie die Agenten:

Herr Robert Dross in Danzig,

Adolph Polentz in Danzig,

Actuar Rehfeld in Danzig,

Paul Petzold do,

Dieball do,

Schiffabrechner Simon in Neufahr-

wasser,

Apotheker Werner in Braust,

Schiffdecker Reibiger in Berent,

Uhrmacher Gross in Dirschau,

Bezirkstadelwebel v. Schimanowitz

in Dirschau,

Buchhalter Beckert in Marienburg,

Herr Actuar Warnke in Pr. Stargardt,

Lehrer Scheffler in Freystadt Wpr.

Eug. Noske in Elbing,

Kanzleiaffässer Polomski in Belpdin,

Lehrer Friese in Christburg,

Kaufmann Wolfsohn in Briesen,

Kreisrathor Boldt in Culm,

Gerichtsaffässer Böhmer in Schewitz,

A. Reinke in Barthaus,

Actuar Block in Neustadt,

Rendant Gertig in Graudenz,

Rentier Beckmann in Tonin,

A. Schlüter in Rosenburg. (16)

L. H. Schneider,

No. 26. Jopengasse No. 26,
empfiehlt sein größtes Lager vor-
züglichster Fußbekleidungen für die
bevorstehende Sommer-Saison für
Herren, Damen u. Kinder.

(684)

Geippte Eisenbleche

zu Trottoirlücken passend geschnitten, hält
stets auf Lager

Roman Plock,

Milchlamengasse 14.

Bestellungen auf
Hartbrand-Ziegel zu 15 R. 10 Gr.,
Mittelbrand-Ziegel zu 14 R. 10 Gr.,
pro Mille frei Bauteile nimmt entgegen

Rudolph Lickett.

Proben liegen in meinem Comtoir
Burgstraße No. 7, zur Ansicht. (938)

Mannheimer Franzbranntwein,

in Flaschen wie literweise, echt nur
allein zu haben bei

Hermann Lietzau,

Droguen-Handlung, Holzmarkt No. 22.

Wirkliche Rindermark-

Pomade,

Wirkliche Rindermark-

Pomade mit China

empfiehlt

Hermann Lietzau,

Holzmarkt 22. (920)

Speckbücklinge,

von jetzt ab täglich frisch aus dem Rauche,

fetten Räucherlachs

versendet Brunzen's Seefisch-Handlung.

Frisch gebrannter Kalk

ist stets zu haben bei

C. H. Domanski Wwe.

Langgarten 107 und an der Legan.

Kiehl & Pitschel,

71. Janggasse 71,